

08 06 [Überwachungspaket 2.0]



Gespräch mit Netzpolitiker Thomas Lohninger über gefährdete Grundrechte

06 **Grundrechte:**
„Das ist ein Einblick in die Gedankenwelt eines Menschen“

08 **Europäische Union:**
Der Countdown läuft

10 **Türkei:**
Zensur, Haft, Exil

11 **Slowakei:**
Mord beim Nachbarn

12 **USA:**
Medien unter Präsident Trump

16 **Portrait:**
Florian Novak: Visionär im Radiogeschäft

18 **Krisenkommunikation**
Zwischen Ignoranz und Panikmache

21 **Kommentar**
Gegen blaue Attacken auf Journalismus

Man wird doch noch **fragen** dürfen ...

... warum so manche Politiker mit aller Kraft den unabhängigen Journalismus bekämpfen und ihm jene Fake-News unterstellen, die sie selbst aus politischen Gründen produzieren. Das dies ein Trump oder Putin tut, daran haben wir uns leider schon gewöhnt. Zu oft tauchen „alternative Fakten“ auf. Dass dies nun aber auch in unserer schönen Alpenrepublik Furore macht, daran müssen wir uns erst gewöhnen:

1. Da freut sich der Vizekanzler der Republik und frühere Zahntechniker H. C. Strache über ein (satirisches) Fake-Inserat, in dem dem öffentlich-rechtlichen ORF nachgesagt wird, dass er ein Ort sei „an dem Lügen zu Nachrichten werden“. Geschmückt mit dem Bild eines ORF-Moderators. Da muss der gleiche Strache nach einer Erkenntnis eines Gerichts einen Canossagang antreten, um die Sache zu planen.
2. Da beauftragte die frühere Arbeiterpartei SPÖ, die seit 129 Jahren für Demokratie und Freiheit stehen will, eine IT-Spionagetruppe, um herauszufinden, wie Journalistinnen und Journalisten Informationen über Silberstein und sein Wirken erhalten haben. Dabei wurden, Gerüchten zu Folge, nicht nur die Whistleblower ausspioniert, sondern auch jene Journalisten, die kritisch über die SPÖ und ihren tiefen Fall durch die Affäre Tal Silberstein berichteten.
3. Da löst die Bundesregierung den 1920 gegründeten Bundespressdienst auf, um künftig zentralistisch die Medien „betreuen“ zu können. Und das, obwohl sich der Bundespressdienst seit Jahrzehnten bewährt hat.
4. Da soll nun auch der ORF in die Politzange genommen werden. Noch vor dem Sommer soll er ein neues Rundfunkgesetz verpasst bekommen. Nach einer Enquete, zu der die Verteidiger des öffentlich-rechtlichen Rundfunks natürlich nicht eingeladen werden. Danach wird die ORF nur mehr blau-braun-türkis sein,

befürchtet Ihr

Fred Turnheim

Brief aus der **Redaktion**

Liebe Leserin, lieber Leser!

Schon wieder wurde ein investigativer Journalist ermordet. Schon wieder in der Europäischen Union. In der Slowakei. In unserem unmittelbaren Nachbarland. Dieses Verbrechen erschüttert nicht nur die Menschen in der Slowakei. [Statement] hat drei Tage vor Drucklegung das gesamte Magazin umgestellt, um die ersten Fakten über den Doppelmord noch unterbringen zu können (Seite 11). [Statement] und der Österreichische Journalisten

Club haben sich im vergangenen Jahr sehr für die Freilassung jener Journalistinnen und Journalisten engagiert, die in der Türkei inhaftiert sind. Nun konnte, nach Meşale Tolu, auch Deniz Yücel seine Gefängniszelle verlassen. Im Gegensatz zu Meşale Tolu durfte er aber die Türkei sofort verlassen.

Wir haben nun Frau Tolu gefragt, ob sie nicht unsere Türkei-Korrespondentin werden will. Und sie hat sofort zugesagt. Willkommen im Team! So können Sie heute den ersten Be-

richt aus der Türkei, geschrieben von der hervorragenden Journalistin und sehr mutigen Frau Meşale Tolu, auf Seite 10 lesen.

Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe sind die USA, wo der Journalismus durch die Politik des Präsidenten Trump eine neue, ganz wichtige Aufgabe erhält (Seite 12). Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Situation in Österreich, wo uns ein gefährliches Überwachungspaket droht (Bericht Seite 6); wo die Situation der Freien immer dramati-

schwer wird (Seite 28) und wo die Berichterstattung über Krisen und Katastrophen immer wichtiger wird (Seite 18). Und dann möchten wir Sie noch auf einen weiteren Höhepunkt in dieser Ausgabe hinweisen: Auf ein ausführliches Gespräch mit dem ehemaligen ORF-Generalintendanten Gerhard Weis.

Viel Spaß beim lesen wünschen

Oswald Klotz und
Fred Turnheim
chefredaktion@oejc.at

[„Das ist ein **Einblick** in die Gedankenwelt eines Menschen“]



Am 30. Jänner präsentierte die österreichische Bundesregierung das Überwachungspaket 2.0. [Statement] hat mit dem Netzpolitik-Experten Thomas Lohninger von *epicenter.works* über gefährdete Grundrechte und Bundestrojaner gesprochen.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE MARKUS SCHAUTA

[Statement] Was ist so schlecht an effektiven Werkzeugen zur Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus?

Thomas Lohninger: All die geplanten Maßnahmen haben schon in anderen EU-Ländern nicht geholfen Terrorismus und schwere Kriminalität zu verhindern. Gerade im Bereich Deradikalisierung gäbe es zahlreiche sinnvollere Maßnahmen, die man statt dessen treffen könnte und die keine so radikalen Einschnitte in unsere Grundrechte mit sich bringen würden. Die für 2016 und 2017 geplanten Überwachungs Pakete konnten verhindert werden. Sieht man sich das im Jänner vorgestellte Paket an, wird offensichtlich, dass die Regierung die in den vergangenen Jahren geübte Kritik ignoriert hat.

[Statement] Wie steht es um die Überwachung der Überwacher?

Lohninger: Die Kontrolle der Überwacher wird vom Innenministerium eingeschränkt. Wer auf welche Daten wann zugreift, wird nur mehr zwei, anstelle von drei Jahren protokolliert. Gerechtfertigt wird die Reduzierung der Protokollpflichten durch Datensparsamkeit. Gerade an diesen heiklen Stellen, wo es in vergangenen Jahren oft zu Missbrauch gekommen ist, reduziert die Bundesregierung nun die Protokollpflichten.

[Statement] Wie könnte der Einsatz des Bundestrojaners journalistische Arbeit gefährden?

Lohninger: Laut Gesetzesentwurf können die Sicherheitsbehörden in Computersysteme jeder Person, jeder Firma oder jedes Vereins einbrechen, von denen sie

annehmen, dass diese mit Verdächtigen kommunizieren. Das kann zu einem Problem für journalistische Arbeit und das Redaktionsgeheimnis werden. Darüber hinaus birgt der Bundestrojaner eine enorme Gefahr für alle unsere Geräte, egal ob am Arbeitsplatz oder Zuhause. Der Trojaner kann nur funktionieren, wenn er sich wie jedes Computervirus in die Geräte der Zielperson einnistet. Wie tut es das? Indem er eine Sicherheitslücke am Handy oder Desktop-Rechner ausnutzt. Diese Sicherheitslücke ist auf jedem Gerät vorhanden und wird von der staatlichen Spionagesoftware genutzt. Da wird also die Computersicherheit einem Überwachungswunsch der Regierung geopfert. Wohin das führen kann, hat man 2017 gesehen, als die Erpressungssoftware WannaCry weltweit Millionen Windows-Rechner infiziert hat. Spanische Mobilfunknetze waren offline, die Deutsche Bahn stand still, das britische Gesundheitssystem war lahm gelegt. Heute wissen wir: WannaCry nutzte eine Sicherheitslücke, die vom US-amerikanischen Auslandsgeheimdienst NSA acht Jahre lang für eigene Zwecke genutzt wurde, ohne Microsoft zu informieren. Diese Bundestrojaner-Software der NSA kam in die freie Wildbahn und führte dazu, dass Millionen von Rechnern geschädigt wurden.

[Statement] Welche Daten sammelt der Bundestrojaner?

Lohninger: Der gängige Weg am Handy etwa ist, dass der Bundestrojaner alle paar Minuten einen Screenshot macht. Das bedeutet, es wird viel an Information mitgesammelt: E-Mail Entwürfe, Notizen, private Fotos, Adressen und Kontakte. Das ist ein Einblick in die Gedankenwelt eines Menschen.

[Statement] Das Sicherheitspaket sieht vor, anonyme Wertkarten zu verbieten. Für Journalisten war das bisher eine Möglichkeit, vertrauliche, nicht von Polizei oder Geheimdiensten nachvollziehbare Kommunikation mit Informanten zu führen.

Lohninger: Konkret bedeutet das die Abschaffung des nicht ausweispflichtigen Verkaufs von SIM-Karten, über die man bisher anonym telefonieren und im Internet surfen konnte. Aber: Jeder Kriminelle mit nur einer halben Gehirnzelle weiß, dass er mit entsprechenden Apps weiterhin anonym kommunizieren kann. Es gibt überhaupt keine Belege, dass die Registrierungspflicht von SIM-Karten einen Beitrag zur Aufklärung oder Verhinderung von Terrorismus und Verbrechen geleistet hat. Mit dem Verbot der anonymen SIM-Karten schafft man ein großes Stück Privatsphäre für die Masse der Leute ab.

Und es wird kleine Discounter wie zum Beispiel HOT treffen, die nicht über die notwendige Infrastruktur verfügen, um Ausweiskontrollen beim Verkauf ihrer SIM-Karten durchzuführen. A1 oder T-Mobile hingegen haben ihre Shops, wo sie Handy-Anmeldungen durchführen und Ausweise verlangen können. Mit dieser Regelung wird daher etwas in Kauf genommen, das am Ende den großen Telekom-Unternehmen hilft und viele kleinere Anbieter in den Ruin stürzt.

[Statement] Wie wird es weitergehen?

Lohninger: Wichtig ist, dass die Themen Datenschutz und Grundrechte im Internet in den Fokus kommen. Das sind die großen Themen, die in unserer Zeit ausverhandelt werden. Die Regeln werden gemacht, egal ob die Politik oder die Unternehmen sie schreiben. Die Technik ist jetzt angekommen in unserer Gesellschaft und unsere Generation macht die Regeln dafür. Die Plattform epicenter.works will die Grundrechte von früher in unsere neue Zeit retten. Obwohl das selbstverständlich sein sollte, ist das ein harter Kampf, den wir manchmal verlieren. Aber manchmal auch gewinnen.

Infobox:

Es wird immer schwieriger das Redaktionsgeheimnis zu wahren und den Quellenschutz zu gewährleisten, ohne entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Bei den meisten internetbasierten Kommunikationswegen landen sehr viele Informationen bei Firmen und staatlichen Stellen. Deshalb empfehlen Datenschutzorganisationen wie epicenter.works spezielle Programme zur Absicherung der Kommunikation. Mehr Informationen zur digitalen Selbstverteidigung findet ihr auf: <https://epicenter.works/crypto>